

NIEDERSCHRIFT

Gremium: Gemeinde Karlsfeld
Hauptausschuss Nr. 009

Sitzung am: Dienstag, 11. Oktober 2016

Sitzungsraum: Rathaus, Großer Sitzungssaal

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:00 Uhr

Anwesend:

Abwesend: -

Tagesordnung

2. WestAllianz; Projektkonzeption Räuber-Kneißl-Radweg - Finanzielle Beteiligung der Gemeinde Karlsfeld;
- Beschluss
3. Verordnung über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten in der Gemeinde Karlsfeld (Plakatierungsverordnung), Diskussion über Änderungen

Hauptausschuss
11. Oktober 2016
Nr. 062/2016

Niederschriftauszug

WestAllianz; Projektkonzeption Räuber-Kneißl-Radweg - Finanzielle Beteiligung der Gemeinde Karlsfeld;
- Beschluss

Sachverhalt:

Der südwestliche Landkreis Dachau und der angrenzende Landkreis Fürstentfeldbruck sind wesentliche historische Schauplätze des Lebens und Wirkens des Matthias Kneißl, im Volksmund besser bekannt unter dem Namen „Räuber Kneißl“. Der historische Hintergrund, die attraktive geographische Lage der WestAllianz-Gemeinden und der gute S-Bahn-Anschluss nach Dachau und München sollen durch die Radroute touristisch erschlossen, aufgewertet und thematisch wiederbelebt werden.

Die unverbaute Natur, die hügelige, grüne Landschaft sowie die meist noch unentdeckten touristischen Schätze in den verbundenen Gemeinden sind wahre Perlen und bergen großes Potenzial. Dieses soll nun mit dem Radweg vor allem für Tagestouristen aus dem Raum München, aber auch für die Einheimischen der einzelnen Gemeinden erschlossen werden. Der Radweg führt von S-Bahn zu S-Bahn durch die Gemeinden bzw. Ortsteile, die in der WestAllianz zusammengefasst sind. Die beiden S-Bahn Stationen in Maisach (Lkrs. FFB) und Karlsfeld (Lkrs. DAH) stellen die sogenannten Big-Points dar.

Langfristig wird das Projekt die Attraktivität des Gemeindeverbands sowohl als touristisches Ziel aber auch als Wohnstandort mit hohem Freizeitwert erhöhen, unsere Region über die Grenzen hinaus bekannt machen und somit einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor darstellen. Gleichzeitig kann damit auch der Naherholungsdruck auf den Münchener Süden und der damit verbundene Verkehr abgefangen werden.

Bislang gibt es aber keine attraktive und gleichzeitig umweltschonende touristische Vernetzung der Gemeinden, die es ermöglicht, das Gebiet umfassend und individuell zu entdecken. Das Projekt „Räuber-Kneißl-Radweg“ - mit dem Radl von Bahn zu Bahn - soll hierbei unter dem Aspekt der nachhaltigen und ressourcenschonenden Vermarktung der Region einen wesentlichen Beitrag leisten.

Auf die der Ladung beigefügten Unterlagen wird hingewiesen.

In der anschließenden Diskussion wurden folgende Punkte angesprochen:

- den Namen „Räuber-Kneißl-Radweg“ – Bezug auf die Örtlichkeiten hinweisen
- die ganze Planung erscheint zu willkürlich
- zur Streckenführung:
 Der Vorschlag von Seiten der Arbeitsgruppe der Gemeinde war anders als in der Anlage beigefügt.
 Der **1. Bürgermeister** wird noch prüfen, dass die Wege alle passen.
- Unser Heimatmuseum sollte besser als Zubringer eingebracht werden.

- Die Kosten des Konzepts.
- Für dieses Projekt wird in Karlsfeld nichts Neues gemacht.
- Karlsfeld sollte seinen Part in das Gesamtprojekt bringen bzw. seinen Beitrag dazu liefern.
- Angefragt wird nach dem Haus im Moos. Handelt es sich hier um das Mooshäusl?
Der 1. Bürgermeister sagt Klärung zu.

Weitere Fragen aus dem Gremium werden beantwortet.

Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt dem Projekt „Räuber-Kneißl-Radweg“ und der Sondereinlage an die WestAllianz zur Finanzierung des Projektes zu.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	13
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	3

EAPL.-Nr. 8203

Hauptausschuss
11. Oktober 2016
Nr. 063/2016

Niederschriftauszug

Verordnung über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten in der Gemeinde Karlsfeld (Plakatierungsverordnung), Diskussion über Änderungen

Sachverhalt:

Die derzeit gültige Plakatierungsverordnung der Gemeinde Karlsfeld, in der Fassung vom 27.11.2009, wurde vom Gemeinderat für die Dauer von 20 Jahren beschlossen. Angesichts der Schnelllebigkeit unserer Zeit und der sich stets wandelnden und gestiegenen Ansprüche ist es bei dieser Zeitspanne sinnvoll zu prüfen, ob die getroffenen Regelungen noch zeitgemäß sind und zum gewünschten städtebaulichen Bild passen oder ob Änderungen erforderlich werden.

Dies betrifft unter anderem die Werbemöglichkeiten für Parteien im Rahmen von Wahlen. Für diese Zwecke wurde die Anregung vorgebracht, künftig nur noch an Großtafeln Parteienwerbung zuzulassen. Hierzu ist es erforderlich, § 3 der Verordnung zu ändern. Über weitere Ausführungen dazu wollen wir heute diskutieren.

Auf die aktuelle Plakatierungsverordnung, die im RIS eingestellt ist, wird verwiesen.

Der **1. Bürgermeister** aus den Verbänden bzw. den Fraktionen bekam die eine oder andere Anfrage, ob man die Einführung mit den Plakatständern weiter führen soll. Es wird mittlerweile alles zugekleistert. Diese Bitte hat er aufgenommen. Wie bekannt, stehen im nächsten Jahr wieder Wahlen an und daher müssen wir dieses Thema jetzt diskutieren, um entsprechende Regelungen zu treffen. Das Thema mit den großen Plakattafeln hat sich aus seiner Sicht bewährt. Es wäre die Konsequenz, dass wir noch ein paar Plakattafeln mehr aufstellen. Man würde sich dann hoffentlich diesen ganzen Wahnsinn mit den Plakatständern, die dann zu hunderten in der Gemeinde herumstehen und auch teilweise zerstört werden, sparen. In anderen Kommunen gibt es solche Regelungen bereits. Auch in der großen Kreisstadt Dachau wird es bereits so gehandhabt. Es ist einfach jetzt an der Zeit, dass wir dieses Thema diskutieren, in welche Richtung das Ganze gehen soll.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, dass weiter über die Plakatierungsverordnung zu dem Thema diskutiert werden soll.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach den Hinweisen aus den Fraktionen einen entsprechenden Entwurf mit Standortvorschlägen für die neuen Tafeln incl. einer Darstellung der Kosten vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	13
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0